

Germany-Göttingen: Social services

OJ S 40/2022 25/02/2022

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadt Göttingen

National registration number: DE 115 303 707

Postal address: Hiroshimaplatz 1-4

Town: Göttingen

NUTS code: DE91C Göttingen

Postal code: 37083

Country: Germany

Contact person: Zentrale Vergabestelle - Zimmer 102

E-mail: vergabestelle@goettingen.de

Telephone: +49 551400-2310

Fax: +49 551400-3201

Internet address(es):

Main address: www.goettingen.de

Address of the buyer profile: <https://www.vergabe.rib.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/109147>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.vergabe.rib.de>

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

Social protection

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Betreiberschaft Wohnanlage Hannah-Vogt-Straße

Reference number: 34_2022

II.1.2. Main CPV code

85320000 Social services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die Betreiberschaft der Wohnanlage Hannah-Vogt-Straße 10 in 37085 Göttingen wird ab dem 01.09.2022 für einen Zeitraum von 3 Jahren incl. Verlängerungsoption von 2 Jahren neu ausgeschrieben. Bei der Wohnanlage handelt es sich um ein Gebäude mit 30 möblierten Wohneinheiten für maximal 180 Bewohner*innen. Die einzelnen Wohneinheiten bestehen aus 3 Zimmern, Küche und Bad. Jede Wohneinheit besitzt einen Waschmaschinenanschluss und eine eigene Waschmaschine.

Der Leistungsumfang des Betriebes der Wohnanlage beinhaltet:

- temporäre Unterbringung, Betreuung und Integration von Geflüchteten
- aktive Unterstützung bei der Wohnungssuche
- Betrieb der Gemeinschafts- und der Verwaltungsräume (Kinderbetreuung/Schularbeitenhilfe/Freizeit- und Bildungsangebote, Sprachkurse)
- Gewinnung und Einbindung von ehrenamtlich Tätigen
- Gebäudereinigung
- Sicherheitsdienst Wohnanlage und Grundstück
- Hausmeisterdienste

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 1 881 000,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

98341000 Accommodation services, 85310000 Social work services, 79710000 Security services, 90910000 Cleaning services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE91C Göttingen

Main site or place of performance: 37085 Göttingen

II.2.4. Description of the procurement

Die Stadt Göttingen hält seit dem 1.9.2015 diese Wohnanlage zur Unterbringung von Geflüchteten vor.

Bei der Wohnanlage handelt es sich um ein Gebäude mit 30 möblierten Wohneinheiten für maximal 180 Bewohner*innen. Die einzelnen Wohneinheiten bestehen aus 3 Zimmern, Küche und Bad. Jede Wohneinheit erhält einen Waschmaschinenanschluss und eine eigene Waschmaschine. Für das Trocknen der Wäsche steht ein überdachter Wäschetrockenplatz auf dem Außengelände zur Verfügung.

In der Wohnanlage befinden sich Gemeinschafts-, Sozial- und Verwaltungsräumlichkeiten mit anteiliger Nutzung für das von der Betreiber*in eingesetzte Personal.

Auf jeder Etage der Flüchtlingsunterkunft befindet sich eine Notruftelefonanlage.

Die Betreiber*in soll in der Wohnanlage die von der Auftraggeberin zugewiesenen Geflüchteten, unterbringen und betreuen. Die Betreiber*in übt das Hausrecht über die Wohnanlage aus und trägt die Verkehrssicherungspflicht.

Es wird höchsten Wert auf die Qualität der Betreuung gelegt; insbesondere die Integration der Geflüchteten in die Stadtgesellschaft und Nachbarschaft soll gefördert und unterstützt werden.

Erwartet wird, dass unter Beachtung soziokulturell unterschiedlicher Lebenshintergründe die Voraussetzungen für ein sozialverträgliches und konfliktfreies sowie von Toleranz geprägtes Miteinander geschaffen werden.

Die Unterbringung der Geflüchteten ist nur vorübergehend und erfolgt befristet für max. 12 Monate.

Ziele der vorübergehenden Unterbringung sind:

- die Integration der Bewohner*innen in das neue Lebensumfeld
- Hilfe zur Selbsthilfe bei der Bewältigung des Lebensalltags
- aktive und kooperative Unterstützung und Vermittlung in Wohnraum auf dem ersten Wohnungsmarkt

Die Betreuungsleistung umfasst insbesondere:

- Unterstützung der Bewohner*innen der Einrichtung bei der alltäglichen Lebensgestaltung sowie bei sämtlichen Geschäften des täglichen Lebens, insbesondere die Begleitung und Unterstützung bei Behördengängen (Ausländerbehörde, Sozialverwaltung, Agentur für Arbeit), bei Arzt- und Apothekenbesuchen, Vermittlung zu therapeutischen Hilfen und Angeboten, Beratungsstellen, Sportvereinen, Angeboten von Veranstaltungen, Ferien- und Freizeitangeboten, Vermittlung von Kinderbetreuungsplätzen, bei Einschulung der Kinder, sowie Unterstützung der Wohnfähigkeit der Bewohner*innen

Die Beratung und Betreuung hat folgende weitere Bereiche abzudecken:

- Bewältigung sozialer Konfliktsituationen,
- Klärung von Fragen der Familienzusammenführung und einer möglichen Rückkehr in das Herkunftsland,
- Hinweise zum Verhalten in der Wohnanlage, Hilfe zur Verselbständigung

Der Betrieb der Gemeinschafts- und der Verwaltungsräume wird ebenso übernommen. Die Angebote in den Gemeinschaftsräumen umfassen:

- Kinderbetreuung (nicht im Sinne von Kindergarten/Kinderkrippe), Schularbeitenhilfe
- Freizeit- und Bildungsangebote, Sprachkurse

Die hauswirtschaftliche Versorgung der Bewohner*innen ist nicht Gegenstand des Auftrags. Zu den Aufgaben gehört auch die Gewinnung und Einbindung von ehrenamtlich tätigen Einwohner*innen.

Weitere Zusatzleistungen zum Betrieb der Wohnanlage sind durch Eigenmittel zu finanzieren.

Die Betreiber*in beteiligt sich eigenständig oder gemeinsam mit der Auftraggeberin an der Bewerbung und Akquise von Förderprogrammen, die dem Betrieb der Wohnanlage zugutekommen.

Zum Leistungsumfang gehört ferner die Gebäudereinigung, der Sicherheitsdienst für Wohnanlage und Grundstück sowie der Hausmeisterdienst.

Die Auftraggeberin hat das Recht, gegen Mehrkosten-Erstattung die Anpassung des Personals zu verlangen.

Die Auftraggeberin garantiert der Betreiber*in mindestens eine Tagessatzerstattung auf Basis einer unterstellten Mindest-Belegung von 90 Personen (Kostengarantie).

Die durchschnittliche Belegung betrug in den Jahren

2018: 133 Personen

2019: 140 Personen

2020: 136 Personen

2021: 125 Personen

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Beratungs-und Betreuungskonzept zur Integration und Verselbständigung der Bewohner*innen / Weighting: 10

Quality criterion - Name: Personalkonzept mit Darstellung der Personalgewinnung, Personalschulung sowie Direktions- und Weisungsrechten des Betreibers / Weighting: 10
Quality criterion - Name: Konzept für Gemeinwesenarbeit und zur Mitwirkung Ehrenamtlicher / Weighting: 10
Quality criterion - Name: Konzept zur Vermittlung in Wohnraum auf dem freien Wohnungsmarkt / Weighting: 15
Quality criterion - Name: Konzept zur Zusammenarbeit mit Behörden / Weighting: 10
Quality criterion - Name: Konzept zur Konfliktbewältigung / -vermeidung in der Einrichtung / Weighting: 5
Quality criterion - Name: Konzept zu aus Eigenmitteln finanzierten Zusatzleistungen / Weighting: 20
Cost criterion - Name: Tagessatz 1 - Belegung bis 90 Personen + Tagessatz 2 - Belegung 91-180 Personen / Weighting: 30

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 1 881 000,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Duration in months: 36

This contract is subject to renewal: yes

Description of renewals:

Der Auftrag beginnt am 01.09.2022 und endet am 31.08.2025. Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag einmalig um zwei Jahre zu den Bedingungen dieser Auftragsbekanntmachung bis zum 31.08.2027 zu verlängern.

Die Inanspruchnahme der Verlängerungsoption wird spätestens zum 31.12.2024 schriftlich mitgeteilt.

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: yes

Description of options:

Option auf Vertragsverlängerung; vgl. Ziff. II.2.7 -Laufzeit des Vertrags.

Es besteht das Recht, gegen Erstattung der dadurch entstehenden Mehrkosten eine Anpassung des (in der Wohnanlage präsenten) Personals zu verlangen.

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Der Vertrag enthält eine Indexierungsklausel. Änderungen der Kalkulationsgrundlage für die Personalkosten lösen insofern eine Berechtigung des Auftragnehmers auf Anpassung der Vergütung im Einvernehmen mit der Auftraggeberin aus.

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

- Handels- bzw. Berufregistrauszug (nicht älter als 12 Monate zum Stichtag der Angebotsöffnung),
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen des zuständigen Finanzamtes sowie der Sozialversicherungen und der zuständigen Berufsgenossenschaft,
- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach 123 Abs. 1-4 GWB und nach 124 Abs. 1 GWB (Formblatt Eigenerklärung_Bieterauskunft“),

Die vorgenannte Erklärung wird zur Feststellung der Unternehmenseignung herangezogen. Im Geltungsbereich des GWB versichert der Bieter mit diesen Erklärungen, dass fakultative bzw. zwingende Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123, 124 GWB nicht vorliegen. Sollte eine der dort genannten Erklärungen nicht zutreffen, kann zur Vermeidung eines Unternehmensausschlusses der Nachweis einer Selbstreinigung gemäß § 125 GWB geführt werden.

Mit dem Angebot ist der Nachweis zu erbringen entweder durch die von der AG abrufbare Eintragung in das allgemein zugängliche Präqualifikationsverzeichnis (z.B. <https://amtliches-verzeichnis.ihk.de/>) bzw. einer anderen für die AG kostenfreien Datenbank innerhalb der EU) oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 124) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE). Im Falle einer Präqualifizierung kann dies bei Abgabe eines Angebots durch Angabe der Registrierungsnummer angegeben werden. Sofern von der AG Nachweise gefordert werden, die nicht in den v. g. Datenbanken enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Nicht präqualifizierte Unternehmen können als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung mit dem Angebot auch eine EEE abgeben. Gelangt das Angebot in die engere Wahl, ist die Eigenerklärung auf gesondertes Verlangen durch Vorlage in der Eigenerklärung genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Als ausreichende Belege werden von der zuständigen Behörde des Herkunftslandes oder des Niederlassungsstaates des Unternehmens ausgestellte Bescheinigungen anerkannt. Die Erklärungen müssen in deutscher Sprache verfasst oder ggf. von einem amtlich anerkannten Übersetzer übersetzt, aktuell sein und noch den gegenwärtigen Tatsachen entsprechen.

Eignungsnachweise durch Präqualifizierungsverfahren werden zugelassen. Ausländische Bieter haben gleichwertige Nachweise des Herkunftslandes in deutscher Sprache beizubringen.

Die Vergabestelle ist nach § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlags-/ Auftragserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Wettbewerbsregistergesetz abzurufen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Mit dem Angebot sind zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

1. Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung

Bei einer Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften muss der Versicherungsschutz für alle Mitglieder in voller Höhe bestehen. Die Erklärung oder der Nachweis darf nicht älter als 12 Monate sein und muss dem Angebot beigelegt werden.

Der Nachweis ist grundsätzlich durch eine verbindliche Deckungsbestätigung der Versicherung zu erbringen. Wenn oder soweit eine Versicherung in der o. g. Höhe zum Zeitpunkt des Angebots nicht vorliegt, kann der Nachweis durch eine rechtsverbindliche

Eigenerklärung des Bieters über den Abschluss einer entsprechenden Versicherung im Auftragsfall nebst einer schriftlichen Erklärung eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitutes über die Bereitschaft zum Abschluss einer solchen Versicherung im Auftragsfall. erbracht werden.

Hinweis: Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften ist der Nachweis durch verbindliche Deckungsbestätigung oder rechtsverbindliche Erklärung über den Abschluss einer entsprechenden Erklärung im Auftragsfall durch jedes Mitglied der Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft beizubringen.

- Eigenerklärung über den Nettogesamtumsatz des Bieters für die letzten 3 Geschäftsjahre, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind. Bei einer Bietergemeinschaft sind die jeweiligen Gesamtumsätze der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Gesamtumsatz anzugeben. Sofern die entsprechenden Angaben nicht verfügbar sind ist dies zu erläutern.
- Eigenerklärung über den Nettoumsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 3 Geschäftsjahre, sofern entsprechende Angaben verfügbar sind. Sollte der tätigkeitsbezogene Umsatz nicht genau ermittelt werden können, ist jeweils ein tätigkeitsbezogener Umsatz anzugeben, der in dem betreffenden Geschäftsjahr mindestens erzielt worden ist. Der Wert ist dann entsprechend zu kennzeichnen. Bei einer Bietergemeinschaft sind die jeweiligen Umsätze im Tätigkeitsbereich des Auftrags der Mitglieder pro Geschäftsjahr zu addieren und die Summe ist je Geschäftsjahr unter Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrages anzugeben. Sofern die entsprechenden Angaben nicht verfügbar sind ist dies zu erläutern,
- Erklärung, dass das Unternehmen der Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß nachgekommen ist,
- Erklärung, dass der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern nachgekommen wurde,
- Erklärung des Unternehmens, dass über das Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein Vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
- Eine Erklärung des Unternehmens, dass sich die Firma nicht in Liquidation befindet.
- Soweit erforderlich: Nachweis einer Steuerbefreiung ist dem Angebot als Anlage beizufügen. Die Erklärungen müssen in deutscher Sprache verfasst oder ggf. von einem amtlich anerkannten Übersetzer übersetzt, aktuell sein und noch den gegenwärtigen Tatsachen entsprechen.

Mit dem Angebot ist der Nachweis zu erbringen entweder durch die vom der AG abrufbare Eintragung in allgemein zugängliche Präqualifikationsverzeichnisse oder vorläufig entweder durch eine den Ausschreibungsunterlagen beiliegende „Eigenerklärung zur Eignung“ (Formblatt 124) oder eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE).

Minimum level(s) of standards possibly required:

Nachweis einer bestehenden Haftpflichtversicherung mit folgenden Haftungssummen (Mindestanforderung):

- Mindesthöhe jeweils für Personen- und Sach-/Vermögensschäden 5 Mio. EUR

Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das zweifache vorstehend genannten Deckungssummen pro Jahr betragen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Mit dem Angebot sind zur Prüfung der beruflichen Leistungsfähigkeit des Bieters folgende Erklärungen/Unterlagen beizufügen:

- Referenzliste mit Benennung des Auftraggebers/Trägers, Ansprechpartner, Anschrift und Telefonnummer in den letzten drei Jahren.

Als vergleichbare Leistung gilt der Betrieb einer oder mehrerer Flüchtlingsunterkünfte mit gemischter Belegung mit durchschnittlich mindestens 100 Bewohner*innen.

Die Vergabestelle behält sich ausdrücklich vor, im Einzelfall folgende Nachweise vor einer Auftragserteilung zu fordern:

- weitere vergleichbare Referenzen, die Erfahrungen auf dem Gebiet Erfahrungen im Betrieb von Flüchtlingsunterkünften belegen können

- Konzepte im Hinblick auf die voraussichtliche Wirksamkeit des Hilfeansatzes, in Bezug auf die Realisierung eines sozialverträglichen Binnenklimas der Einrichtung

sowie auf Akzeptanz im sozialen Umfeld des Stadtteils [vgl. Ziff. II.2.5) Zuschlagskriterien]

Minimum level(s) of standards possibly required:

Referenzen dürfen nur angegeben werden, wenn:

- sie nicht älter als 3 Jahre sind und

- die Leistung bereits vollständig abgeschlossen wurde oder mit einer Vertragslaufzeit von über einem Jahr, mindestens ein Leistungszeitraum von einem Jahr bereits abgeschlossen wurde.

Die Betreuung der Flüchtlinge muss durch mindestens eine/n ausgebildete/n Sozialarbeiter/in /Sozialwissenschaftler/in (Heimleitung; 1 Vollzeitäquivalent VZÄ-),

zwei ausgebildete Sozialarbeiter/in für die Sozialbetreuung (2 VZÄ), eine/n Erzieher/in oder Sozialassistenten/in für die Kinder- und Jugendbetreuung (1 VZÄ) und eine/n

Hausmeister/in (mit abgeschlossener handwerklicher Berufsausbildung und Berufserfahrung; 1 VZÄ) gewährleistet sein.

Einsatz von Sicherheitspersonal mit folgenden Bedingungen:

Einverständniserklärung der eingesetzten Personen betr. Durchführung einer

Sicherheitsüberprüfung analog den Vorgaben des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes durch die Sicherheitsorgane (Polizei und Verfassungsschutz).

Zuverlässigkeitsbescheinigung für alle im Sicherheitsdienst Beschäftigten. Es muss Personal eingesetzt werden, dass die Voraussetzungen nach § 34 a Gewerbeordnung erfüllt.

Für alle im Sicherheitsdienst Beschäftigten ist eine Eigenerklärung vorzulegen, dass keine einer entsprechenden Tätigkeit entgegenstehenden Vorstrafe (Körperverletzungs-, Betäubungs- und

Arzneimittelmissbrauchs-, Sexual- und Staatsschutzdelikte) vorliegt und aktuell kein Verfahren anhängig ist.

Nachweis des Sicherheitsunternehmens über die Mitgliedschaft im Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) oder einem vergleichbaren Arbeitgeberverband.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.2. Contract performance conditions

Zahlungsbedingungen nach § 17 VOL/B; die Zahlung erfolgt monatlich im Voraus.

Im Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft:

Angabe, ob die Bietergemeinschaft für den Fall der Auftragserteilung eine bestimmte Rechtsform gemäß § 43 Abs. 3 VgV annimmt. Die Abgrenzungen der Aufgabenverteilung innerhalb der Bietergemeinschaft sind eindeutig anzugeben

- Unterbeauftragungen sind zugelassen.

Im Falle der Einbindung von Unterauftragnehmern ist eine Erklärung zum vorgesehenen Unterauftragnehmereinsatz und zu Art und Umfang der Teilleistungen vorzulegen; spätestens vor Auftragserteilung ist eine Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers vorzulegen, dem Hauptauftragnehmer im Auftragsfall die erforderlichen Mittel bzw. Leistungen zur Verfügung zu stellen. Die Regelungen zur Tariftreue werden Vertragsbestandteil und gelten entsprechend für sämtliche Unterbeauftragungen.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 07/04/2022 Local time: 10:15

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 07/06/2022

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 07/04/2022 Local time: 10:15

Place:

Stadt Göttingen; Zentrale Vergabestelle -Zimmer 102-

Hiroshimaplatz 1-4

37083 Göttingen.

Information about authorised persons and opening procedure: Die Angebotsöffnung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

Electronic invoicing will be accepted

VI.3. Additional information

Die Vergabeunterlagen werden unter <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/3/tenderId/109147> zum Abruf zur Verfügung gestellt.

Bieter müssen sich für den Abruf der Vergabeunterlagen und für die elektronische Angebotsabgabe auf der eVergabe-Plattform registrieren (<https://www.meinauftrag.rib.de/public>)

[/registerCompany](#)) und beworben (<http://meinauftrag.rib.de/hilfe/bewerben.html>) haben. Für die Abgabe eines Angebotes verwenden Sie den Bieterclient ava-sign 2021 (Version V2.04) der Vergabeplattform (https://meinauftrag.rib.de/hilfe/bieterclient_laden.html). Informationen erhalten Sie auch unter https://meinauftrag.rib.de/hilfe/erste_schritte.html. Unter <https://meinauftrag.rib.de/hilfe/angebot-abgeben-abgabeassisten.html> sind u.a.

Schulungsvideos für die elektronische Angebotsabgabe abrufbar. Ein möglichst umgehender Abruf der Vergabeunterlagen nach Aufforderung durch die Auftraggeberin wird im Bieterinteresse empfohlen.

1) Unternehmen haben die Vergabeunterlagen unverzüglich auf Vollständigkeit der Unterlagen sowie auf Unklarheiten zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, so haben sie unverzüglich und vor Abgabe eines Angebots darauf hinzuweisen.

Unternehmen werden aufgefordert, ihre Fragen im Interesse einer schnellen Beseitigung von Unklarheiten frühzeitig und vorab zu übermitteln. Unternehmen haben Verstöße gegen Vergabevorschriften zu rügen.

Es gelten die Bestimmungen in § 160 Abs. 3 GWB. Soweit der Rüge nicht abgeholfen wird, ist das rügende Unternehmen insbesondere verpflichtet, innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Mitteilung einen Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer einzureichen. Ansonsten ist der Antrag gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig.

Bieter/Bewerber stehen in der Verantwortung, eventuelle Nachträge und Mitteilungen zu beziehen; derartige Informationen können nur registrierten oder legitimierten Bewerbern automatisch zugesandt werden. Alle nichtregistrierten Bewerber müssen regelmäßig die auf der Vergabeplattform einsehbaren Vergabeunterlagen einschl.Fragen-/Antworten-katalog auf etwaige Änderungen prüfen (vgl. VK Südbayern, Beschluss vom 17.10.2016 –Z3-3-3194-1-36-09/16);

2) Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebots verwendet werden;

3) Aufwendungen des Bieters im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens, insbesondere für die Angebotserstellung, werden nicht vergütet. Mit Angebotsabgabe erklärt sich der Bieter mit dieser Regelung einverstanden;

4) Fragen zu den Vergabeunterlagen oder Auskünfte zu diesem Vergabeverfahren im Allgemeinen können bis zum 30.03.2022 – 12:00 Uhr über das Vergabeportal (http://meinauftrag.rib.de/hilfe/frage_stellen.html) gestellt werden. Später eingehende Fragen werden grundsätzlich nicht berücksichtigt. Das Risiko der vollständigen und lesbaren Übermittlung des Auskunftersuchens trägt das anfragende Unternehmen;

5) Das Vergabeverfahren wird ausschließlich elektronisch abgewickelt. Das Angebot ist spätestens zum unter Ziff. IV.2.2) festgelegten Termin ausschließlich in elektronischer Form über das Vergabeportal einzureichen.

Eine Angebotsabgabe in Papierform, Fax oder E-Mail ist nicht zulässig und führt zwingend zum Angebotsausschluss.

6) Die Abgabe von Nebenangeboten sind nicht zugelassen.

7) Die Vergabekammer hat die Einsicht in die Unterlagen zu versagen, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen geboten ist (§ 165 Abs. 2 GWB). Jeder Beteiligte hat bei Angebotsabgabe auf den Geheimschutz hinzuweisen und dies im Angebot entsprechend kenntlich zu machen. Erfolgt keine Kenntlichmachung, kann die Vergabekammer von der Zustimmung auf Einsicht ausgehen (§ 165 Abs. 3 GWB).

VI.4. Procedures for review

VI.4.1.

Review body

Official name: Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Postal address: Auf der Hude 2

Town: Lüneburg

Postal code: 21339

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telephone: +49 4131151331

Fax: +49 4131152943

Internet address: http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/vergabekammer/vergabekammer-niedersachsen-93032.html

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Betreffend die Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 GWB verwiesen.

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein;

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht.

Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht;

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung

Postal address: Auf der Hude 2

Town: Lüneburg

Postal code: 21339

Country: Germany

E-mail: vergabekammer@mw.niedersachsen.de

Telephone: +49 4131151331

Fax: +49 4131152943

Internet address: http://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/aufsicht_und_recht/vergabekammer/vergabekammer-niedersachsen-93032.html

VI.5. Date of dispatch of this notice

22/02/2022